

In einem Pressegespräch am 17. September 2004 haben eine Reihe von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam mit MdB Dr. Norbert Röttgen, MdL Ilka Keller, MdL Andrea Milz und Landrat Frithjof Kühn die sog. Wachtberger Erklärung vorgestellt. Das Papier beschreibt unter der Überschrift „Familien fördern – Wachstumsregion bleiben – Sicherheit erhöhen“ verbindende Zielsetzungen für die Zukunft des Rhein-Sieg-Kreises.

Angesichts der zwischenzeitlichen Entwicklungen ist der Wunsch laut geworden, die gemeinsamen Standpunkte der Wachtberger Erklärung in einer Wachtberger Erklärung II zu aktualisieren. Besonders die Irritationen, die im Zusammenhang mit dem sog. Scheu-Bericht hinsichtlich einer Reorganisation der Polizeibehörden entstanden sind, haben diesem Wunsch Vorschub geleistet. Auch die weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen in Nordrhein-Westfalen und das - im Zusammenhang mit neuen Studien immer offensichtlicher werdende - Schul- und Bildungsdesaster haben zu einer Neufassung der Wachtberger Erklärung geführt. Mit der vorliegenden

Wachtberger Erklärung II

möchten die Unterzeichner ausdrücklich auf die Wichtigkeit eines politischen Neuanfangs in Nordrhein-Westfalen hinweisen

Durch das kontinuierliche Zusammenwirken des Rhein-Sieg-Kreises mit den Städten und Gemeinden ist in unserer Region eine hervorragende Infrastruktur aufgebaut worden. Eine Arbeitslosenquote, die in den vergangenen Jahren um 3 bis 4 Prozent unter dem NRW-Durchschnitt lag, und eine anhaltende Bevölkerungszunahme belegen die Erfolge einer konzentrierten regionalen Wirtschaftsförderung.

Gemeinden müssen Handlungsfähigkeit zurückerhalten

Allerdings schränken die landespolitischen Vorzeichen unsere Handlungsmöglichkeiten vor Ort erheblich ein: Die immense Verschuldung in NRW (110 Milliarden Euro) gefährdet v.a. wichtige Infrastrukturprojekte (z.B. Schul- und Straßenbau).

Wir wollen eine wirkliche Gemeindefinanzreform und eine transparente Kommunalfinanzierung, um die Einnahmestruktur unserer Städte und Gemeinden zu verbessern. Die ungeheure Regelungsdichte seitens der EU, des Bundes und des Landes muss konsequent zurückgeführt werden. Dies gilt für die kommunalen und regionalen Zuständigkeiten, aber auch für wichtige Bereiche des Erwerbslebens - etwa für unsere heimische Landwirtschaft.

Unsere Städte und Gemeinden sollen in kommunaler Eigenverantwortung selber über die ihnen zugewiesenen Gelder entscheiden. So wird ein präziser Mittelfluss ohne Reibungsverluste (z.B. aufgrund bürokratischer Hürden oder angesichts unscharfer Zielkalkulationen) realisierbar. Die ineffizienten Zweckzuweisungen werden durch Schlüsselzuweisungen abgelöst, der Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel wird deutlich erhöht, ortsferne Standards und Verordnungen werden durch ein lokales und praxisnahes Leistungsangebot abgelöst. Mit der anstehenden Verwaltungsstrukturreform werden Aufgaben (und entsprechende Finanzmittel) an die Städte und Gemeinden abgegeben, die bis heute oft auf der Ebene von Mittelbehörden wahrgenommen werden.

Polizei und JVA dürfen nicht weiter geschwächt werden

Wir werden auch eine Auflösung der bürgernahen Polizeistrukturen im Rhein-Sieg-Kreis und im Land nicht akzeptieren. Die Kriminalität steigt, aber das Land hat seit 1998 rund 3.490 Polizeistellen abgebaut. Jede zehnte Polizeiwache wurde geschlossen. Die jetzt bekannt werdenden disziplinarischen Ermittlungen, die gegen Beamte bei der Kölner Polizei wegen schleppender Bearbeitung veranlasst wurden, und die Bestätigung vergleichbarer Bearbeitungsstaus bei der Bonner Polizei (pro Kriminalist 100 Fälle je Monat) unterstreichen einen eklatanten Personalmangel und erhebliche Ausbildungsdefizite.

Die angedachte Konzentration der Polizei in anonymen Mega-Behörden (Scheu-Bericht) lehnen wir ab. Wir wollen eine Stärkung des Vollzugsdienstes durch flexible Strukturen: durch bessere Aus- und Fortbildungsprogramme, durch einen sinnvollen Wechselbezug von Theorie und Praxis, durch flexible Lebensarbeitszeitkonten und durch die Einführung einer Funktionsbesoldung (inklusive Zulagen) anstelle der Laufbahnbesoldung.

Auch der Strafvollzug muss reorganisiert werden. Bei einer Kapazität von 500 Plätzen (rund 50 Nationalitäten) ist unsere Rheinbacher JVA mit 560 Insassen überbelegt. Nach Schätzungen fehlen in Rheinbach über 50 Ergänzungs- und Fachkräfte, bei den rund 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind mehr als 11.000 Überstunden aufgelaufen.

Um die Rückfallraten zu minimieren, muss wieder ein wirklicher Behandlungsvollzug (auch mit therapeutischen Ansätzen) ermöglicht werden. Die Situation der Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst muss deutlich verbessert werden, private Sicherheitsdienste in den Vollzugsanstalten weisen wir zurück.

In der Rechtsprechung muss die Verfahrensdauer gestrafft, die Quote unerledigter Fälle muss korrigiert werden: Vor allem im Büro- und Kanzleidiens wurden in NRW seit 1996 über 2.000 Justiz-Stellen gestrichen. Bis 2008 ist trotz des katastrophalen Prozessstaus seitens des Justizministeriums ein weiterer Abbau von 1.340 Stellen geplant (davon allein 540 Stellen im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst). Eine Beschleunigung und Vereinfachung von Justizverfahren ist ebenso unerlässlich wie eine konsequente Orientierung der (Personal-) Ausstattung an dem tatsächlichen Bedarf.

Der Dialog der Generationen muss neu entwickelt werden

Unser Kreis steht generationenübergreifend vor großen Herausforderungen. Mit einem attraktiven Angebot wollen wir den dynamischen Prozess eines lebenslangen Lernens fördern und den Kontinuitätsgedanken an die Stelle von Generationenbrüchen rücken. Eine Kernforderung ist dabei, die Phasen von Ausbildung, Erwerbsleben, Fortbildung, Familienleben, Ehrenamt und auch Pflege sinnvoll und flexibel aufeinander abzustimmen. Das Engagement in einem Ehrenamt darf nicht zum gesellschaftlichen Nachteil werden.

Noch nie wurden so wenige Kinder geboren und noch nie gab es so viele arme Kinder in unserem Land: Wir wollen diesen Trend stoppen! Kinder und Familien sollen wieder eine echte Lebensperspektive erhalten. Dazu gehört, dass die Erwerbstätigkeit nicht in Widerspruch zu den Karrierechancen von Frauen und zu den Belangen der Familie gerät.

Der öffentliche Dienst und die Betriebe müssen den Bedürfnissen der Familie in stärkerem Maße Rechnung tragen. Unsere Städte und Gemeinden müssen vom Land bei dem Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten unterstützt werden. Die Möglichkeiten der Tagespflege sind auszuschöpfen (Tagespflegezentren, Familienzentren, Angebote zur Altersvorsorge, Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren, etc.). An ein breit gefächertes Vorschulangebot, das auch gezielt Möglichkeiten für Kinder mit hohem Förderbedarf bereitstellt (Hort, sozialpädagogische Familienhilfe, etc.) muss die verlässliche Grundschule von 8 bis 13 Uhr anschließen. Das Angebot von Ganztagschulen muss erweitert werden (z.B. Umwandlung offener Ganztagschulen zu echten Ganztagschulen). Gerade verbesserte Ganztagschulen können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Eine Aufwertung unserer Schulbildung ist zwingend: Ausgezeichnete Schulen sind für die Zukunft unseres Landes in der „Wissensgesellschaft“ entscheidend. Wir wollen Schulen, die unsere Kinder entsprechend ihrer Einzigartigkeit und ihrer individuellen Fähigkeiten optimal fördern. Die Tendenz zur Einheitsschule muss sofort gestoppt werden! Nur mit einem gegliederten, durchlässigen und weiterentwickelten Schulsystem ist diese gezielte Ausbildung möglich. An die Stelle anonymer Lernfabriken müssen kleinere Schulen mit kleineren Klassenstärken treten.

Theo Hüffel
Bürgermeister
Wachtberg

Dr. Yvonne Kempen
Bürgermeisterin Meckenheim

Eckhard Maack
Bürgermeister Swisttal

Stefan Raetz
Bürgermeister Rheinbach

Dr. Bärbel Steinkemper
Bürgermeisterin Alfter

Michael Söllheim
Vorsitzender der CDU
Bornheim

Frithjof Kühn
Landrat

Dieter Heuel
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Dr. Norbert Röttgen MdB

Ilka Keller MdL